

Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Unterach am Attersee am
30. Jänner 2007.

Tagungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtsgebäudes.

Anwesende:

1. Bürgermeister Perner Hermann als Vorsitzender
2. Vizebgm. Gnigler Engelbert
3. Vizebgm. DI. Schnetzer Werner
4. Gde.Vorst. Baier Karl
5. Gde.Vorst. Kieleithner Ludwig
6. GR. Eichinger Petra
7. GR. Mayrhofer Adelheid
8. GR. Schindlauer Josef
9. GR. Schindlauer Matthias
10. GR. Dr. Titze Walter (teilweise)
11. GR. Thurner Angela
12. GR. Moser Eva
13. GR. Mag. Reichl Gerhard
14. GR. Romauer Wolfgang
15. GR. Schmidinger Ernst
16. GR. Steinbichler Josef
17. GR. Steiner Peter
18. GR. Wiedlroither Josef
19. GR. Forisch Roman

Ersatzmitglieder:

Der Leiter des Gemeindeamtes: Gde.Sekr.Greifeneder Helmuth

Fachkundige Personen (§66 Abs.2 OÖ GemO.1990): ---

Es fehlen:

entschuldigt:

unentschuldigt:

Der Schriftführer: Gde.Sekr.Greifeneder Helmuth

Der Vorsitzende eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung vom Bürgermeister einberufen wurde;

- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 18.01.2007 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 21.11.2006 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Er möchte folgenden Dringlichkeitsantrag stellen:

Gemäß § 43 Abs. 1 u. Abs. 3 der OÖ. Gemeindeordnung 1990 i.d.g.F. überträgt der Gemeinderat dem Gemeindevorstand nachfolgendes Beschlussrecht:

Der Gemeindevorstand wird ermächtigt, unter Einbeziehung des Beratungsergebnisses des Familienausschusses, die Vergabe allfälliger freier Wohnungen, für welche die Gemeinde das Vorschlagsrecht hat, vorzunehmen.

Über das Ergebnis der Wohnungsvergaben ist dem Gemeinderat zu berichten.

Begründung:

In Hinblick, dass allfällig freiwerdende Wohnungen immer innerhalb Monatsfrist nachzumelden sind und dadurch in den meisten Fällen immer eigens eine Gemeinderatssitzung einberufen werden müsste, liegt die Übertragung gem. § 43 Abs. 3 Zif. 1 im Interesse der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit, Raschheit und Einfachheit.

Vorstehendem Dringlichkeitsantrag wird einstimmig mit Erheben der Hand die Dringlichkeit zuerkannt und wird vor dem Punkt „Allfälliges“ behandelt.

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

1. Rückblick LEADER-Region Mondsee (Film)
2. Berichte des Bürgermeisters
3. Genehmigung des Voranschlages für das Haushaltsjahr 2007 und des MFP; Beschlussfassung
4. Wildbach- u. Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Attergau u. Innviertel, Betreuungsdienst 2007, Verpflichtungserklärung; Beschlussfassung
5. Bern u. Simone Stenkewitz, Elisabethallee 4, Übernahme des Gastschulbeitrages für Tochter Saskia; Beschlussfassung
6. Verkauf eines Teilgrundstückes an die Raiffeisenbank Attersee-Süd entsprechend der Planurkunde des Zivilgeometer DI. Michael Kellner, Frankenmarkt v. 13.12.2006;

Beschlussfassung

7. Verlängerung der Vereinbarung mit dem Pächter des Strandbades betreffend der Eintrittskassiertätigkeit; Beschlussfassung
8. Allfälliges
9. Bürgerfragestunde

Pkt. 1 der TO.: Rückblick LEADER-Region Mondsee (Film)

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Wendtner als Obmann des Vereines zur Regionalentwicklung Mondseeland sehr herzlich.

Herr Wendtner wird dem Gemeinderat einen Film über die abgelaufene Periode zeigen. Herr Wendtner bedankt sich recht herzlich für die Einladung und erläutert in kurzen Worten den Inhalt des Filmes.

Der Vorsitzende bedankt sich recht herzlich bei den Wendtner für die Vorführung des Filmes und den Erläuterungen.

Pkt. 2 der TO.: Berichte des Bürgermeisters

Der Vorsitzende bringt folgende Berichte:

- a) Bezüglich Hauptstraße 12 hat Frau Schuster-Roither ein Schreiben des Rechtsanwaltes bekommen, dass sie in die freie Wohnung im „Betreubaren Wohnen“ einziehen soll. Es gab auch noch ein Gespräch mit Frau Schuster-Roither, dieses hat aber kein Ergebnis gebracht. Etwas verwunderlich sei er über die Aussage von Frau Schuster-Roither gewesen. Sie habe im gesagt, dass die ÖVP-Fraktion der Meinung ist, dass sie aus dem Haus nicht ausziehen soll bzw. muss. Er habe Frau Schuster-Roither aber klar gelegt, so wie die Situation jetzt ist kann es nicht weitergehen.
- b) In der Au soll eine Querungshilfe im Bereich der Bushaltestelle errichtet werden. Es gibt hierfür auch eine Unterschriftenaktion. Im Budget wird ein Betrag aufgenommen. Ein entsprechender Antrag an die Bundesstraßenverwaltung wurde bereits gestellt. Die Kosten werden sich auf max. € 20.000,-- belaufen. Man wird um entsprechende Zuschüsse ansuchen.

c) Die Geschwindigkeitsmeßtafel wurde jetzt in Buchenort im Bereich Schernthaler aufgestellt. Über den letzten Standort an der Umfahrung liegt die Auswertung nun vor. Die Durchschnittsgeschwindigkeit hat in diesem Bereich 64,7 kmh betragen. Die max. Geschwindigkeit betrug 118 kmh.

d) Der Buchband mit den Fotografien von Herrn Unteregelsbacher ist eingetroffen und kann gekauft werden. bzw. wird die Gemeinde für besondere Anlässe als Geschenk verwenden.

Pkt. 3 der TO.: Genehmigung des Voranschlags für das Haushaltsjahr 2007 und des MFP; Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet, der Voranschlagsentwurf für das Jahr 2007 wurde im Finanz- u. Wirtschaftsausschuss besprochen und die einzelnen Zuführungen für ao. Vorhaben zur Kenntnis genommen.

Für Zuführungen zu den geplanten ao. Vorhaben standen € 387.000,-- zur Verfügung. Wesentlich für diesen hohen Zuführungsbetrag ist die Veranschlagung des Grundstücksverkaufs Kohlstatt mit rund € 230.000,--.

Der Vorsitzende ersucht nun den Obmann des Finanz- u. Wirtschaftsausschusses um nähere Erläuterungen zum Voranschlag 2007.

Gde.Vorst. Baier berichtet, der Voranschlag wurde im Finanzausschuss als auch im Gemeindevorstand im Detail besprochen.

Er möchte nur auf die Punkte eingehen, die neu sind oder gegenüber dem Vorjahr wesentlich abweichen.

In der Gruppe 0 ist der Ankauf eines neuen Servers für die Buchhaltung vorgesehen. Für die Feuerwehr Unterach ist der Ankauf einer Drehleiter mit € 15.000,-- veranschlagt sowie die Instandhaltung des alten Feuerwehrdepots in Mühlleiten.

Auf der Einnahmenseite ist für die Feuerwehr Unterach eine private Spende in Höhe von € 10.000,-- für den Ankauf der Drehleiter veranschlagt.

In der Gruppe 2 ist für die Streicharbeiten des Turnsaaldaches ein entsprechender Betrag vorgesehen.

Bezüglich des „Essen auf Rädern“ gibt es eine Änderung, da das Essen durch die Caritas nicht mehr zugestellt wird. In weiterer Folge hat sich Frau Pollach bereit erklärt, dass Essen zum selben Preis wie die Fa. EBEWE zur Verfügung zu stellen. Frau Pollach übernimmt auch den Zustelldienst. Der Essenpreis liegt wie bisher bei € 5,--. Die Zustellung kostet € 2.80 wovon die Gemeinde die Hälfte übernimmt. Über die Caritas hat die Zustellung zwischen € 4,-- und

€ 4.50 gekostet. Durch die neue Situation erspart sich die Gemeinde ca. € 3.000,--.

Bei der Instandhaltung von Straßen sind € 4.000,-- für den Klimtplatz vorgesehen sowie ca.

€ 3.200,-- für nicht bezahlte I-Beiträge für den Güterweg Kohlstatt, welche schon über 40 Jahre zurückliegen.

Für die Instandhaltung des Bauhofes ist die Anschaffung von zwei Toren vorgesehen.

Für die Wildbachverbauung ist ein Interessentenbeitrag in Höhe von € 8.100,-- vorgesehen, in diesem Betrag ist auch der Beitrag für den Kolmbauernbach enthalten.

Weiters ist eine Kostenrefundierung durch die RAIKA in Höhe von € 10.000,-- für die Errichtung von zwei Parkplätzen veranschlagt. Der genaue Betrag ist aber noch nicht bekannt, da erst eine Abrechnung erfolgen muss. Mit der RAIKA ist vereinbart, dass sie die Kosten für zwei Parkplätze übernimmt. Weitere drei Parkplätze werden von der RAIKA gepachtet.

Beim Strandbad sind ein Badelift für Behinderte sowie der Umbau des WC geplant.

Für die Veräußerung von Grundstücken sind Einnahmen von € 229.800,-- veranschlagt.

Es handelt sich dabei um den Verkauf des Grundstückes am Güterweg Kohlstatt sowie an die RAIKA im Zuge des Grundstückstausches in Höhe von € 2.100,--.

Dem außerordentlichen Haushalt können € 277.000,-- zugeführt werden.

Die Gesamteinnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushaltes betragen € 2.936.900,--,

gegenüber dem Vorjahr ist das eine Steigerung um 2,4%.

Der Vorsitzende stellt die Frage, ob es zum ordentlichen Haushalt Fragen gibt ?

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, ersucht der Vorsitzende Gde.Vorst. Baier den außerordentlichen Haushalt zu erläutern.

Im außerordentlichen Haushalt sind zwölf Vorhaben vorgesehen.

Für die Feuerwehr Au-See ist der Ankauf eines neuen Löschfahrzeuges mit einem Betrag von € 175.500,-- vorgesehen. Nachdem heuer bereits die Bestellung erfolgen muss, ist auch die Anzahlung eines Drittels der Auftragssumme daher heuer schon fällig. Es ist daher eine Zuführung in Höhe von € 58.500,-- vorgesehen. Dieser Betrag setzt sich aber aus den Beitrag der Gemeinde Unterach a.A. sowie von der Gemeinde St. Gilgen und einer Eigenleistung der Feuerwehr Au-See zusammen. Die restlichen zwei Drittel sind durch den Landesfeuerwehrverband sowie durch eine Bedarfszuweisung gedeckt.

Für das Vorhaben Fitness-Parcours auf der Waldinsel werden € 30.000,-- aus dem ordentlichen Haushalt zugeführt.

Die Finanzierung für das Vorhaben Ortsbildgestaltung erfolgt entsprechend des genehmigten Finanzierungsplanes.

Ein weiteres Projekt ist die Sanierung des Gebäudes Hauptstraße 12 mit € 491.000,--.

Dieses Projekt wird auch beim Bundesdenkmalamt eingereicht und in diesem Zusammenhang wird man die Finanzierung klären müssen. Für die Bedeckung dieses Vorhabens ist derzeit eine Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt mit € 100.000,-- geplant.

In weiteres Vorhaben ist der Parkplatz an der Umfahrungsstraße. Dort soll jener Teil welcher nur geschottert ist mit Rasenziegel versehen werden. Für diese Maßnahmen sind € 25.000,-- vorgesehen. Dieser Betrag wird aus dem ordentlichen Haushalt zugeführt. Durch diese Maßnahme wird die Instandhaltung und Schneeräumung wesentlich begünstigt.

Für die Sanierung der Jeritzstraße sind € 160.000,-- vorgesehen. An Zuführung ist ein Betrag von € 94.000,-- geplant. Für den restlichen Betrag erwartet man sich eine Bedarfszuweisung und einen Landesbeitrag.

Ein weiteres Vorhaben ist der Ankauf eines Kleintraktors, welcher im letzten Jahr durch den Gemeinderat beschlossen wurde. Der Anteilsbetrag für den Ankauf ist mit € 22.000,-- veranschlagt und für den Rest erwartet man sich eine Bedarfszuweisung in Höhe von € 20.000,--.

Für die Sanierung bei der Schiffsanlagestelle sind aus dem ordentlichen Haushalt € 20.000,-- vorgesehen.

Weiters ist der Ankauf einer Aussichtsplattform von der Gartenausstellung in Vöcklabruck geplant. Diese kann zu einem günstigen Betrag erworben werden. Einschließlich der Transportkosten und der notwendigen Fundamente wird sich alles auf € 30.000,-- belaufen und wird dieser Betrag aus dem ordentlichen Haushalt zugeführt. Vizebgm. DI. Schnetzer hat sich dieser Sache angenommen und wird auch einen entsprechenden Vorschlag für einen Aufstellungsplatz machen.

Das Vorhaben Bohrbrunnen wird sich auf insgesamt € 97.000,-- belaufen. Die Kosten für

die Probebohrung belaufen sich auf € 32.600,--, welche von der Fa. EBEWE getragen werden.

Über die weitere Vorgangsweise sowie über den offenen Betrag muss man dann im Gemeinderat diskutieren. Aus dem Budget 2006 steht aber ein Betrag von € 25.000,-- zur Verfügung. Dieser Betrag wurde vorgesehen, wenn die Gemeinde für die Kosten der Probebohrung aufkommen hätte müssen. Demnach bleibt für eine allfällige Realisierung dieses Vorhabens noch ein Betrag von € 39.000,-- offen.

Beim ASZ soll ein Zubau von mehreren Boxen für die Lagerung von verschiedenen Materialien erfolgen. Die Baukosten sind mit € 30.000,-- veranschlagt und wird dieser Betrag aus dem ordentlichen Haushalt zugeführt.

Für die WC-Anlage beim Friedhof, waren im letzten Jahr € 4.000,-- für Planungskosten veranschlagt. Für dieses Vorhaben sind jetzt € 25.000,-- veranschlagt und man erwartet sich von der Pfarre einen Interessentenbeitrag in Höhe von € 10.000,--. Der Anteil aus dem ordentlichen Haushalt beträgt demnach € 15.000,--.

Für die Neuerrichtung der Minigolfanlage sind € 25.000,-- vorgesehen. Nachdem aus dem Vorjahr bereits € 15.000,-- zur Verfügung stehen, werden im Jahre 2007 noch € 10.000,-- diesem Vorhaben zugeführt.

GR. Mag. Reichl berichtet, seine Fraktion hat mit den Projekten im außerordentlichen Haushalt, insbesondere mit der Sanierung des Gebäudes Hauptstraße 12, seine liebe Not. Seine Fraktion ist der Meinung, dass dieses Projekt bei weitem die Finanzierungsmöglichkeiten der Gemeinde übersteigen wird. Man weiß auch nicht, wie in der Zukunft das Ganze betrieben wird. Möglicherweise zieht sich dann ein Betreiber zurück und die Gemeinde bleibt dann auf dem Projekt sitzen.

Für seine Fraktion wäre anstrebenswerter, wenn man jemanden sucht, der das Gebäude erwirbt und die Gemeinde diese Problem vom Tisch hätte.

Erinnern möchte er auch noch daran, dass es der ÖVP-Fraktion genauso ein Anliegen ist, dass Frau Schuster-Roither endlich ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen nachkommt und das Gebäude räumt. Von wo anders lautende Aussagen kommen, wisse er nicht.

Der Vorsitzende erklärt, dass habe ihm Frau Schuster-Roither selber gesagt.

GR. Mag. Reichl erklärt, das ist aber sicher nicht die Meinung der ÖVP-Fraktion.

Gde.Vorst. Baier erklärt, momentan braucht man für die Durchführung dieser Maßnahmen die gesetzt werden braucht man die Einreichung und vom Bundesdenkmalamt den entsprechenden Finanzierungsvorschlag für das Land und dann wird man die weitere Vorgangsweise sehen. Eine Finanzierung in Höhe von € 500.000,-- fällt der Gemeinde nicht sehr leicht und das weiß auch seine Fraktion. Wenn man keine zusätzlichen Einnahmen erzielen kann, so ist das nur in zwei Jahren zu finanzieren.

Der Vorsitzende erklärt, wenn man zum Land wegen einem Geld fährt, braucht man unbedingt eine Kostenschätzung und ein fertiges Konzept, ansonsten hat man keine Erfolgsaussichten. Beim Land gibt es ja mehrere Förderungsmöglichkeiten bei verschiedenen Stellen.

Alleine wird die Gemeinde das nicht finanzieren können, das ist vollkommen klar.

GR. Moser berichtet, es wurde von der Gemeinde schon einmal ein Fehler gemacht, dass für die Sanierung eines Gasthauses Gelder ausgegeben worden sind. Sie werde sicher dem nicht zustimmen, wenn für den gleichen Fehler € 500.000,-- veranschlagt werden.

Es handelt sich hier genau um gleiche Situation.

Für sie gibt es nichts anderes, als dass man dieses Haus um einen Euro verkauft und der Käufer muss dieses Haus sanieren. Es gibt sonst keine andere Lösung und ob Frau Schuster-Roither zwei Monate länger im Haus wohnt ist egal.

Ihre Fraktion ist auch nicht dafür, dass Frau Schuster-Roither im Haus bleibt. Aber jetzt nur weil man € 500.000,-- schnell verplanen will das kann es auch nicht sein, dass Frau Schuster-Roither mit 1. Februar ausziehen muss.

Gde.Vorst. Baier erklärt, er gebe ihr vollkommen recht, was seinerzeit mit dem Gasthaus geschehen ist und alle sind unglücklich was da in Summe passiert ist. Die Gemeinde hat

seinerzeit versucht zu retten was zu retten war, leider ist das nicht gelungen und auch das Land hat hiezu sehr viel bezahlt.

Es liegt sicher nicht im Interesse der SPÖ-Fraktion solche Sachen wieder herauf zu beschwören. Es steht auch nirgends beschrieben, dass Frau Schuster-Roither am 1. Februar aus dem Haus muss. Die Gemeinde ist Besitzer dieses Hauses und es sind Sanierungsarbeiten vorgeschrieben, bis eine Lösung getroffen wird.

Wenn man aber etwas veranlassen will um mit den Sanierungsarbeiten zu beginnen, so ist dieser Akt zu setzen. Die Gemeinde ist aber nicht unmenschlich und wird diese Frau nicht auf die Straße stellen. Seitens der Gemeinde steht eine neue Wohnung zur Verfügung und wird auch von der Gemeinde ein Küchenblock zur Verfügung gestellt. Sie kann auch zwei Katzen in die Wohnung mitnehmen.

Es ist dies keine Delogierung sondern eine normale Umsiedlung in eine andere Wohnung, welche vertraglich festgelegt wurde.

Es ist einfach notwendig, dass einmal ein Termin gesetzt wird.

Vizebgm. DI. Schnetzer berichtete, er möchte dass die Variante mit dem Verkauf aufgenommen und verfolgt wird.

Gde.Vorst. Baier berichtet, bei der Vorstellung des gegenwärtigen Projektes ist auch die Frage gekommen, ob das Objekt zu erwerben ist? Diese Möglichkeit wurde dort schon ins Spiel gebracht. Es ist deswegen nicht unerheblich, wer um die Förderungen ansucht, damit die Gemeinde den Rahmen einmal abstecken kann.

Vizebgm. DI. Schnetzer möchte noch einmal klar stellen, dass er nie gesagt hat, dass Frau Schuster-Roither im Haus bleiben kann, sehr wohl habe er aber gesagt, dass er sich das anschauen wird.

GR. Romauer stellt die Frage, was spricht gegen einen Verkauf?

Gde.Vorst. Baier erklärt, das steht derzeit nicht zur Diskussion.

Der Vorsitzende erklärt, das Haus befindet sich im Besitz der Gemeinde und es ist ein Schritt zu setzen.

GR. Forisch erklärt, es muss hier schnell gehandelt werden, da bei bereits Schäden an der Hausmauer entstanden sind.

Weiters stellt noch GR. Forisch fest, dass ihm die € 30.000,-- für die Errichtung der Boxen im ASZ sehr hoch erscheinen.

Der Vorsitzende erklärt, es gibt noch keinen Plan für die Boxen, aber es sind entsprechende Fundamente erforderlich. Eine erste Kostenschätzung liegt aber mit rund € 30.000,-- vor.

Gde.Vorst. Kieleithner erscheint der Betrag von € 491.000,-- für die Sanierung des Hauses Hauptstraße 12 total überzogen.

Gde.Vorst. Baier erklärt in dieser Kostenschätzung ist alles enthalten, einschließlich Platzgestaltung. Für die Einreichung braucht man eine Gesamtsumme. Die Gemeinde kann für eine notwendige Sanierung nur jenen Betrag aufbringen, den sie sich leisten kann.

GR. Steiner erklärt, so ein Projekt löst man mit einer richtigen Projektarbeit und dann wird sich herausstellen, ob man überhaupt ein Geld braucht. Die vernünftigste Lösung ist ein Verkauf oder man schenkt es überhaupt her und das wäre dann für die Gemeinde auch noch ein Geschäft. Der jetzigen Vorgangsweise der SPÖ-Fraktion kann man nicht zustimmen.

GR. Mag. Reichl erklärt, kann es so zusammenfassen, dass es nicht die vordringliche Absicht ist, dieses Programm in dieser Art und Weise durchzuführen, sondern man wird schauen, dass man gemeinsam eine möglichst kostengünstige Variante erreicht. Er möchte nicht erleben, dass man jetzt einem Budget zustimmt und im nachhinein, wenn es irgendwie verwirklicht wird, dass es dann heißt, die ÖVP-Fraktion hat dem Budget zugestimmt und deshalb wird es auch in dieser Art und Weise durchgeführt.

Wenn man die Garantie hat, dass man jede andere Möglichkeit und sei es auch der Verkauf weiter verfolgt, dann kann er sich eine Zustimmung der ÖVP-Fraktion vorstellen.

Vizebgm. Gnigler erklärt, man hat allen Projekten jetzt einmal Kosten zugrunde gelegt und über alle Projekte wird noch diskutiert werden und der Gemeinderat hat darüber die entscheiden. Es heißt nicht und das gilt für jedes Projekt, dass es zur Ausführung kommt, nur weil es jetzt im Budget aufscheint. Er versteht daher die Diskussion nicht.

GR. Dr. Titze erklärt, man müsste einen Passus finden, über den man abstimmen kann. Er ist überzeugt davon, dass man mit dem angeführten Passus von GR. Mag. Reichl leben kann.

Gde.Vorst. Baier erklärt, man kann das extra ansetzen und man hat es schon gesagt, dass alles nochmals besprochen wird und unter Einbeziehung sämtlicher Aspekte für die Gemeinde die günstigste Lösung herauskommen soll.

Gde.Vorst. Baier erläutert noch in kurzen Worten den mittelfristigen Finanzplan.

GR. Moser erklärt, es gab die Situation mit der Ortsbildgestaltung und da gab es auch einen Vorschlag und sie möchte jetzt gar nicht weiter darüber reden.

Jetzt beschließt man das Budget und man sucht dann in Linz um die verschiedenen Zuschüsse an. Für die gibt es nur die einzige Möglichkeit und das ist der Verkauf dieses Hauses oder man verschenkt es. Die Gemeinde kann sich eine Sanierung nicht leisten. Wenn bei der Beschlussfassung über das Budget nicht definitiv drinnen steht, dass dieses Haus verkauft wird, dann stimmt sie diesem Budget nicht zu.

GR. Dr. Titze erklärt, nachdem bereits angeführt ist, dass die bestmögliche Lösung gesucht bzw. eingeschlagen wird, so ist in diesem Passus alles enthalten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, stellt der Vorsitzende den Antrag, dass dem vorliegenden Voranschlag für das Haushaltsjahr 2007 einschließlich des Mittelfristen Finanzplan die Zustimmung erteilt wird.

Der Antrag des Vorsitzenden wird mit Erheben der Hand einstimmig angenommen.

Pkt. 4 der TO.: Wildbach- u. Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Attergau u. Innviertel, Betreuungsdienst 2007, Verpflichtungserklärung; Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet, aufgrund der Mitteilung der Wildbach- u. Lawinenverbauung sind im Jahre 2006 gegenüber dem Vorjahr erhöhte Aufwendungen angefallen.

Demnach ergibt sich für das Jahr 2006 ein I-Beitrag in Höhe von € 2.324,--.

Einschließlich der vorgesehenen Betreuungsmaßnahmen für 2007 ergibt sich ein Interessentenbeitrag in Höhe von € 3.500,--.

Der vom Gemeinderat am 21. November 2006 beschlossene I-Beitrag für die Verbauungsmaßnahmen des Kolmbauernbaches verringert sich auf € 4.500,--, sodass sich an den Ausgaben von € 8.000,-- nichts ändert.

Nachdem keine Wortmeldungen sind, stellt der Vorsitzende den Antrag, nachstehende Erklärung zu genehmigen:

E R K L Ä R U N G

Die Gemeinde Unterach a.A. verpflichtet sich zu den am

Arbeitsfeld: B E T R E U U N G S D I E N S T

für Betreuungsdienstarbeiten im Jahr 2007 voraussichtlich erforderlichen Gesamtkosten von

€ 10.500,-- einen $33 \frac{1}{3}$ – prozentigen Interessentenbeitrag in der Höhe von

€ 3.500,--

bereitzuhalten und nach Anforderung durch den Forsttechnischen Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Oberösterreich, im 1. Quartal 2008 zu überweisen. Die Gemeinde verpflichtet sich gleichzeitig, sich an eventuellen Kostenüberschreitungen mit gleichem Prozentanteil zu beteiligen.

Vorstehende Erklärung wird mit Erheben der Hand einstimmig angenommen.

Pkt. 5 der TO.: Bernd u. Simone Stenkewitz, Elisabethallee 4, Übernahme des Gastschulbeitrages für Tochter Saskia; Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet, nachdem die Tochter der Ehegatten Stenkewitz die 5. Schulstufe der HLW Ried besucht, braucht die Gemeinde keinen Gastschulbeitrag für den Pflichtschulsprengel bezahlen.

Dieser würde für den Pflichtschulsprengel Mondsee € 717,-- betragen.

Demnach soll dieser Betrag an die Ehegatten Stenkewitz bezahlt werden.

Nachdem keine Wortmeldungen sind, stellt der Vorsitzende den Antrag, dass den Ehegatten Stenkewitz für ihre Tochter Saskia der Gastschulbeitrag in Höhe von € 717,-- gewährt wird.

Der Antrag des Vorsitzenden wird mit Erheben der Hand einstimmig angenommen. (Gr. Dr. Titze war bei der Abstimmung nicht anwesend).

Pkt. 6 der TO.: Verkauf eines Teilgrundstückes an die Raiffeisenbank Attersee-Süd entsprechend der Planurkunde des Zivilgeometer DI. Michael Kellner, Frankenmarkt v. 13.12.2006; Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet, nachdem die Errichtung des Parkplatzes hinter der RAIKA erfolgt ist, kann nun die Vermessung durchgeführt werden.

Aufgrund der neuen Situation von ursprünglich eines flächengleichen Tausches ist dahingehend eine Änderung eingetreten, dass die RAIKA um 21 m² mehr bekommt. Die

RAIKA hat daher diese 21 m² zu bezahlen.

Als Preis ist ein Betrag von € 100,--/m² vorgesehen.

Nachdem keine Wortmeldungen sind, stellt der Vorsitzende den Antrag, dass entsprechend der vorliegenden Planurkunde des Zivilgeometers DI. Michael Kellner, Frankenmarkt vom 13.12.2006, Zl.: 69/2005 die Verbücherung erfolgt und der Kaufpreis für das von der RAIKA erworbene Teilgrundstück im Ausmaß von 21 m² mit € 100,--/m² festgesetzt wird.

Der Antrag des Vorsitzenden wird mit Erheben der Hand einstimmig angenommen. (GR. Dr. Titze war bei der Abstimmung nicht anwesend).

Pkt. 7 der TO.: Verlängerung der Vereinbarung mit dem Pächter des Strandbades betreffend der Eintrittskassiertätigkeit; Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet, aufgrund der vom Gemeinderat mit dem Pächter des Strandbades am 17. Mai 2006 abgeschlossenen Vereinbarung betreffend Eintrittskassiertätigkeit hat die Abrechnung für die Saison 2006 ein positives Bild ergeben. Der Prüfungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 21. September 2006 festgestellt, dass dieser Modus auch für die Saison 2007 beibehalten werden soll und wird vorgeschlagen die Vereinbarung dahingehend zu verlängern.

Nachdem keine Wortmeldungen sind, stellt der Vorsitzende den Antrag, dass die mit dem Strandbadpächter bestehende Vereinbarung vom 17. Mai 2006 für die Saison 2007 zu verlängern.

Der Antrag des Vorsitzenden wird mit Erheben der Hand einstimmig angenommen. (GR. Dr. Titze war bei der Abstimmung nicht anwesend).

Dringlichkeitsantrag

Der Vorsitzende berichtet, bezüglich der Wohnungsvergaben soll der Gemeindevorstand vom Gemeinderat ermächtigt werden diese vorzunehmen

Weiters bringt der Vorsitzende nochmals den Dringlichkeitsantrag zur Verlesung.

GR. Forisch stellt die Frage, muss dann der Gemeindevorstand wegen einer Wohnungsvergabe einberufen werden.

Gde.Vorst. Baier erklärt, es ist diesbezüglich keine Sitzung extra einzuberufen, da der Gemeindevorstand monatlich zusammentritt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, stellt der Vorsitzende den Antrag, dass der Gemeindevorstand ermächtigt wird, unter Einbeziehung des

Beratungsergebnisses des Familienausschusses, die Vergabe allfälliger freier Wohnungen, für welche die Gemeinde das Vorschlagsrecht hat, vorzunehmen.
Über das Ergebnis der Wohnungsvergaben ist dem Gemeinderat zu berichten.
Der Antrag des Vorsitzenden wird mit Erheben der Hand einstimmig angenommen.

Pkt. 8 der TO.: Allfälliges

Vizebgm. DI. Schnetzer stellt die Frage, welchen Status hat man derzeit beim Projekt „Spielplatz und Themenweg“, für welches der Gemeindevorstand ein Konzept um € 9.000,-- beschlossen hat ?

Gde.Vorst. Baier erklärt, es liegen die Pläne vor und diese sollen am kommenden Dienstag besprochen werden.

GR. Dr. Titze stellt die Frage, wie schaut es mit der Wohnung von Frau Santeller aus ?
Der Vorsitzende erklärt, den neuesten Stand wisse er nicht.

Es wurde die Wohnung von verschiedenen Personen angeschaut und es kann sich niemand erklären, von der der Geruch kommen soll.

GR. Dr. Titze erklärt, seit Frau Santeller in die Wohnung eingezogen ist, häufen sich ihre Asthmaanfalle. In der Wohnung besteht ein permanenter Lackgeruch.
Angeblich gibt es bereits einen Befund.

Vizebgm. Gnigler erklärt, der Befund ist noch nicht hier, sollte aber in den nächsten Tagen kommen. Seitens der Gemeinde wird man aber die Sache entsprechend betreiben.
Derzeit wohnt Frau Santeller nicht in der Wohnung.

Der Vorsitzende berichtet, wie alljährlich nach der Budgetsitzung möchte er den Gemeinderat zu einem Essen ins „Weingartl“ einladen.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 21.11.2006 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21,00 Uhr.

(Vorsitzender)

(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

(Schriftführer)

Der Vorsitzende bekundet hiermit, dass gegen die Verhandlungsschrift in der Sitzung vom _____ keine Einwendungen erhoben wurden.

Unterach a.A., am _____

Der Vorsitzende:
